



Sprechzettel
der Ministerin für Schule und Bildung
des Landes Nordrhein-Westfalen,
Yvonne Gebauer

TOP 1

Erklärung zur Schulpolitik im
Ausschuss für Schule und Bildung
am 04. Oktober 2017

– Es gilt das gesprochene Wort. –

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

„Aufstieg durch Bildung ermöglichen“.

Diesem ehrgeizigen Leitmotiv wollen wir in den nächsten Jahren folgen.

Wir wollen allen Kindern und Jugendlichen die Chance eröffnen, ihr Erwachsenenleben selbstbestimmt und eigenverantwortlich zu gestalten.

Was braucht beste Bildung, was braucht beste Bildung im 21. Jahrhundert?

Wie können wir jedes Kind mit all seinen Talenten, all seinen Potentialen und individuellen Bedürfnissen in den Blick nehmen?

Welche Rahmenbedingungen brauchen Schulen, um tatsächlich jedem Kind unabhängig von seiner Herkunft bestmögliche Entfaltung zu ermöglichen?

Was muss Politik leisten, damit Schulen ihrer Aufgabe als wichtigster Bildungsort im sozialen Raum tatsächlich gerecht werden können?

Und wie können wir unseren Lehrerinnen und Lehrern den Rücken stärken, die sich tagtäglich um das Wertvollste unserer Gesellschaft kümmern – nämlich um unsere Kinder?

An diesen Leitfragen wollen wir unsere Bildungspolitik ausrichten.

Wir wollen weg von vermeintlich strukturellen „Antworten“ und hin zu den Kindern.

Die Kinder und ihre Talente in den Mittelpunkt rücken!

Das ist mein Kompass.

Dazu müssen wir für alle Schulen – unabhängig von der Schulform – die Rahmenbedingungen verbessern.

Meine Damen und Herren,

das kann und das wird nicht über Nacht
geschehen.

In den nächsten Jahren werden Nordrhein-
Westfalen weiterhin unerfreuliche
Vergleichszahlen bescheinigt werden.

Mittelmäßige Ergebnisse werden wir aber
nicht als gegeben hinnehmen.

Schülerinnen und Schüler, Eltern und
Lehrkräfte erwarten zu Recht eine
Bildungspolitik, die jungen Menschen beste
Startchancen in ein erfolgreiches und
hoffentlich erfülltes Leben bietet.

Daran werden wir intensiv arbeiten und
daran arbeiten wir bereits intensiv.

Die gegenwärtige Bildungspolitik ist mit
großen **Herausforderungen** konfrontiert.

Zehntausende junger Menschen sind in den letzten Jahren aus anderen Nationen in unser Bundesland gekommen.

Ohne eine **Bildungsintegration** kann auch gesellschaftliche Integration nicht gelingen.

Wir müssen die **Inklusion** qualitativ so gestalten, dass sie von den Menschen als gesellschaftlicher Gewinn wahrgenommen wird, der sie auch ist.

Die **Digitalisierung** durchdringt die gesamte Lebenswelt, aber die Wirklichkeit an den Schulen ist viel zu oft noch analog.

Neben Familien stellen **Lehrkräfte** eine zentrale Konstante im Leben junger Menschen dar.

Wir müssen den Lehrerberuf attraktiv gestalten und seine gesellschaftliche Wertschätzung **stärken**.

Unser Bildungssystem und unser Wohlstand ruhen neben der akademischen Bildung auf dem gleichberechtigten Pfeiler der **beruflichen Bildung**.

Diese Säule müssen wir dringend festigen.

Schule ist gleichermaßen Lern- und Lebensort.

Dazu gehören auch Gebäude, Klassenräume und Außenanlagen, in denen man sich wohlfühlen kann.

An einer **intakten** und modernen **Bildungsinfrastruktur** erkennt man auch die Wertschätzung, die eine Gesellschaft ihren Kindern entgegenbringt.

Sie wissen, ich blicke nicht gerne zurück.

Ich richte den Blick lieber nach vorn.

Deshalb werde ich auch weitgehend darauf verzichten, mich an der Vorgängerregierung „abzuarbeiten“.

Wer aber Weichen stellen und vorankommen will, der muss wissen, wo er steht.

Deshalb beginne ich mit einer – wenn auch kurzen – Bestandsaufnahme.

Die **Integration** neu zugewanderter Menschen ist eine langfristige Aufgabe. Dabei geht es um den Erwerb der deutschen Sprache, aber auch um die Vermittlung von Wissen über das Alltagsleben und unsere Demokratie. Ich möchte ausdrücklich allen Lehr- und Fachkräften für die Leistungen der vergangenen Jahre danken! Bei der schulischen Integration wurde bereits vieles erreicht, aber die Herausforderungen sind nach wie vor gewaltig.

Vorgefunden habe ich z.B. einen Erlass, der nicht die notwendige Klarheit für unsere Schulen geschaffen hat.

Auch müssen wir die Sprachförderung und Werteerziehung weiter stärken.

Gelingende Integration ist kein Sprint, sondern ein Marathonlauf.

Und wo stehen wir bei der schulischen **Inklusion**?

Inzwischen lernen über 40 Prozent der Schülerinnen und Schüler mit einer Behinderung an allgemeinen Schulen.

Gleichzeitig ist zwar der Anteil dieser Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, der an Förderschulen lernt, leicht zurückgegangen – die absolute Zahl aber nicht.

Der Grund scheint einfach: Immer mehr Kindern wird ein Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung attestiert.

Offensichtlich ist hier auch der Versuch der Vorgängerregierung gescheitert, durch Einführung eines Stellenbudgets entgegenzuwirken.

Wir alle wissen, dass es viel Kritik, Überforderung von Lehrerkollegien und Enttäuschungen betroffener Eltern gegeben hat.

Sogar prämierte Schulen haben ihre ausgezeichneten Konzepte unter schlechteren Rahmenbedingungen als zuvor fortführen müssen.

Der Idee der Inklusion ist dadurch leider viel Schaden entstanden.

Hier heißt es nun, realistisch zu sein und die berechtigten Elternwünsche mit unseren Möglichkeiten in Einklang zu bringen – und das auf qualitativ hohem Niveau.

Meine Damen und Herren,

der **digitale Wandel** ist eine epochale Herausforderung für das Lehren und Lernen.

Die Bildungspolitik hat sich dem Megathema Digitalisierung in der Schule viel zu lange mit Trippelschritten genähert, während viele Kinder das Wischen auf dem Tablet schon beherrschen, bevor sie überhaupt richtig lesen können.

Sowohl die internationale ICILS-Studie als auch die innerdeutschen Studien „Schule digital“ zeigen unmissverständlich, dass wir

unsere Anstrengungen deutlich verstärken müssen.

Gute und beste Bildung braucht auch gute und **beste Lehrerinnen und Lehrer!**

Die Einstellungszahlen zu Beginn des Schuljahres haben gezeigt: Für den Dienst in der Schule stehen zu wenig Lehrkräfte zur Verfügung.

Es fehlen Lehrkräfte insbesondere an Grundschulen, an Förderschulen und für das Gemeinsame Lernen sowie für die technischen Fachrichtungen an Berufskollegs.

Das hat sicherlich unterschiedliche Gründe. Zum einen stehen wir auf dem Arbeitsmarkt in einem permanenten Wettbewerb mit der Wirtschaft.

Zum anderen genießt der Lehrerberuf in unserer Gesellschaft vielmals nicht mehr die

angemessene Unterstützung und Wertschätzung.

Hier müssen wir und hier werden wir handeln.

Die **Berufliche Bildung** ist ein wesentlicher Pfeiler für die Sicherung des Fach- und Führungskräftenachwuchses.

Nicht umsonst erhalten wir viel Anerkennung, mitunter sogar Bewunderung aus anderen Staaten.

Die gleiche Anerkennung als attraktiver Bildungsweg und das gleiche Interesse muss die Berufliche Bildung auch in unserer Gesellschaft wieder erlangen.

Das Nischendasein der beruflichen Bildung muss ein Ende finden.

Unsere Berufskollegs dürfen z.B. nicht mehr für einen willkürlichen Stellenabbau genutzt werden.

Nur mit einer starken beruflichen Bildung kann dem Fachkräftemangel branchen- und regionalspezifisch begegnet werden.

Viel zu oft befindet sich die **Bildungsinfrastruktur** in marodem Zustand und unsere Schulen atmen technisch eher den Geist der 70er als den Geist des digitalen Zeitalters.

Schülerinnen und Schüler brauchen eine Lernumgebung, die sauber und angenehm ist, die pädagogischen Anforderungen entspricht und die es ermöglicht, mit der neuesten Technologie zu lernen.

Meine Damen und Herren,

nach dieser kurzen Bestandsaufnahme möchte ich jetzt wieder gerne den **Blick nach vorne richten.**

Die neue Landesregierung wird eine Vielzahl kurzfristiger und langfristiger **Maßnahmen** ergreifen, um dem Ziel bester Bildung Schritt für Schritt näher zu kommen. Hierzu möchte ich einige thematische **Schwerpunkte** markieren, und wenn ich mich an dieser Stelle auf Schwerpunkte konzentriere, bedeutet das selbstverständlich dennoch, dass wir eine Vielzahl weiterer Felder entsprechend gestalten werden.

Lehrerinnen und Lehrer sind die tragenden Säulen eines guten und zukunftsgerichteten Bildungswesens.

Die neue Landesregierung hat sich unter anderem zum Ziel gesetzt, die Lehrerversorgung an unseren Schulen spürbar zu verbessern.

Das bedeutet z.B. nicht nur, dass wir Transparenz beim Unterrichtsausfall herstellen, Klassen verkleinern oder die Schüler-Lehrer-Relationen schrittweise verbessern wollen.

Mein Erbe umfasst leider auch eine Vielzahl unbesetzter Stellen.

Wir haben umgehend gehandelt und eine Mischung aus kurzfristig und langfristig wirkenden Maßnahmen erarbeitet.

Erste kurzfristige Maßnahmen für die Schulform Grundschule wurden bereits umgesetzt.

Wir werden weitere Möglichkeiten schaffen, Bewerberüberhänge an Schulen der Sekundarstufe II in bestimmten Fächern zu nutzen, um fehlende Lehrkräfte an anderen Schulformen auszugleichen.

Anders als die Vorgängerregierung, die zwar für Stellen, aber nicht ausreichend für die Besetzung dieser Stellen gesorgt hat, wollen wir Schritte einleiten, um diese attraktiver zu machen.

Wir wollen die besoldungsrechtlichen Konsequenzen aus der Reform der Lehrerausbildung aus dem Jahr 2009 ziehen.

Und wir wollen die hinterlassene Gerechtigkeitslücke bei der Konrektorenbesoldung an Grund- und Hauptschulen schließen.

Als langfristige Maßnahme ist eine Werbe- und Imagekampagne für den Lehrerberuf geplant, die im Jahr 2018 starten wird.

Hierfür ist zunächst der langfristige Bedarf nach Lehrämtern und Fächerkombinationen zu ermitteln.

Die Einstellungschancen sind in vielen Schulformen und Fächerkombinationen sehr gut – hier eröffnen sich erfolgreiche Berufsperspektiven.

Die Attraktivität des Lehrerberufes hat aber nicht nur mit beruflicher Sicherheit oder mit Geld zu tun.

Es geht auch darum, wie wir als Gesellschaft mit denjenigen umgehen, die tagtäglich an der Bildung und Erziehung unserer Kinder arbeiten, an unser aller Zukunft arbeiten.

Darum werden wir bei unserer Lehrerkampagne auch das Image und die Wertschätzung des Lehrerberufs thematisieren.

Lehrkräfte verdienen unsere Wertschätzung, unsere Unterstützung und unseren Respekt.

Zu dieser Wertschätzung und Unterstützung zählt auch unser Ziel einer Fortbildungsoffensive.

Um die Lehrkräfte in ihrer Professionalität zu stärken, werden wir die staatliche Lehrerfortbildung in Bezug auf Qualität, Bedarfsorientierung, Alltagstauglichkeit und Nachhaltigkeit weiterentwickeln.

Wir werden eine fokussierte Bestandsaufnahme der Fortbildungsmaßnahmen durchführen. Ergebnisse dazu werden in der ersten Jahreshälfte 2018 vorliegen, sodass Neustrukturierungen und qualitätsentwickelnde Maßnahmen dann zielgerichtet vorgenommen werden können.

Meine Damen und Herren,

kein anderes Thema hat in den vergangenen Jahren so sehr die Gemüter erhitzt wie die Frage der **Schulzeit am Gymnasium**.

Der weitgehende Konsens, den es bei den Beschlüssen zur Einführung der Schulzeitverkürzung gab, dieser Konsens existiert nicht mehr.

Das hat viele Gründe: Der Wegfall von Wehr- und Zivildienst gehört ebenso dazu wie z.B. die frühere Einschulung.

Auch Probleme bei der Umsetzung haben dazu geführt, dass es vielfach nicht gelungen ist, die Menschen von den Vorzügen einer achtjährigen Gymnasialzeit zu überzeugen.

Daher ziehen wir mit der Leitentscheidung für G9 die notwendigen Konsequenzen.

Wir werden in Kürze einen Referentenentwurf für die Umstellung auf einen neunjährigen Bildungsgang ab dem Schuljahr 2019/20 vorlegen.

Die Verbände sollen bis Weihnachten Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten.

Nach einer sorgfältigen Auswertung wird die Landesregierung ihren Gesetzentwurf Anfang 2018 in den Landtag einbringen.

Unser Ziel muss es sein, für alle Beteiligten so schnell wie möglich Klarheit zu schaffen.

Die Umstellung auf G 9 wird die Kinder der jetzigen dritten und vierten Klassen der Grundschulen betreffen.

Für 2019/20 eröffnen wir den Gymnasien auch eine unbürokratische Möglichkeit, bei

G8 zu bleiben, wenn dies von einer deutlichen Mehrheit vor Ort gewünscht wird.

Mehrbelastungen der kommunalen Schulträger werden in einem getrennten Verfahren gemeinsam und fair mit den Kommunalen Spitzenverbänden ermittelt.

Viele schulfachliche Aspekte werden nicht im Schulgesetz geregelt, sondern z.B. in den Ausbildungsordnungen.

Stichworte in diesem Zusammenhang sind die Wochenstundenzahl am Gymnasium, der Entwurf einer G9-Studentafel, die Digitalisierung oder die Stärkung ökonomischer Kompetenzen, aber auch die Entscheidung über den Beginn der zweiten Fremdsprache.

Deshalb werden wir begleitend zum Referentenentwurf weitere „Eckpunkte“ für die Umstellung auf G 9 veröffentlichen.

Diese „Eckpunkte“ basieren nicht nur auf hausinternen Vorstellungen, sondern sind das Resultat vieler Gespräche, die wir in den vergangenen Wochen geführt haben.

Meine Damen und Herren,

bei der **Integration** werden wir möglichst schnell Klarheit in den rechtlichen Grundlagen schaffen.

Für den Übergang werden statt des genannten Erlasses Regelungen festgelegt, die Schulen, Schulaufsicht und Schulträgern Handlungssicherheit garantieren.

Wir werden die Schulen weiter bei dieser anspruchsvollen Aufgabe unterstützen.

Die Kommunalen Integrationszentren bleiben für uns dabei wichtige Partner.

Auch wollen wir die Ferienzeit für die Sprachförderung nutzen und

FerienIntensivTrainings für neu zugewanderte junge Menschen einführen. Der Pilot startet bereits in wenigen Wochen in den Herbstferien in allen Bezirken hier in NRW.

Nur wenn wir es schaffen, bestmögliche Voraussetzungen für **Bildung in einer digitalisierten Welt** zu schaffen, stellen wir sicher, dass junge Menschen auf das Leben in einer sich rasant verändernden Welt gut vorbereitet sind.

Für die Legislaturperiode haben wir uns ehrgeizige Ziele im Bereich des Lernens im digitalen Wandel gesteckt.

Dabei ist mir wichtig, dass wir die tradierten Kulturtechniken stärken und gleichzeitig diese neue Kulturtechnik umfassend fördern.

Der Schlüssel liegt in der Vermittlung digitaler Anwendungskompetenzen, einer informatischen Grundbildung und einer kritischen Medienkompetenz.

Um diese Ziele zu erreichen, werden wir eine systematische Strategie verfolgen:

U.a. wird der Medienpass NRW überarbeitet.

Er enthält dann auch informatische Kompetenzen und Grundkenntnisse im Programmieren und wird schrittweise in allen Schulen eingeführt.

Wir werden zusätzlich mit dem Programmierprojekt im Grundschulbereich einen Akzent setzen.

Mit Beginn dieses Schuljahres gibt es die Lern- und Arbeitsplattform LOGINEO NRW.

Schulen können nun Module zur Kommunikation, Organisation und Recherche nutzen.

Hier werden wir kontinuierlich an Verbesserungen arbeiten.

Die Landesregierung strebt schrittweise den Glasfaseranschluss für alle Schulen an.

Bis zum Jahre 2021 wollen wir in Kooperation mit den Kommunen alle Schulen an ein leistungsfähiges Gigabit-Netz angeschlossen haben.

Der Breitbandausbau, für den die Kommunen die Zuständigkeit haben, muss dringend vorangetrieben werden.

Zusätzlich werden wir daher mit dem Digitalminister weitere Instrumente zur Unterstützung unserer Städte und Gemeinden entwickeln.

Die Infrastruktur in den Schulen muss vergleichbare Lern- und Arbeitsbedingungen für alle Schülerinnen und Schüler unabhängig von Herkunft und Ort ermöglichen – es darf keine digitale Spaltung der Gesellschaft geben.

Die Kommunen benötigen für das gewaltige Investitionsvolumen zusätzliche Unterstützung.

Dazu soll neben einer Erhöhung und Dynamisierung der Schul- und Bildungspauschale das Förderprogramm „Gute Schule 2020“ genutzt und, wenn nötig, weiterentwickelt werden.

Bei dieser gesamtgesellschaftlichen Herausforderung muss aber auch der Bund seinen Beitrag leisten, damit wir zu den Spitzennationen aufsteigen können.

Ich formuliere daher die klare Erwartung an den Bund, dass ab dem Jahr 2018 der „DigitalPakt#D“ mit rund 1 Mrd. € für unsere Schulen in NRW auch entsprechend bereitgestellt wird.

Mit der Medienberatung NRW und den Medienberaterinnen und Medienberatern steht Schulen und Schulträgern regionale Beratung für die digitale Schulentwicklung zur Verfügung – dieses System werden wir systematisch ausbauen.

Zusätzlich benötigen wir qualifizierte Lehrkräfte als Medienkoordinatorinnen und -koordinatoren, die an der Schule Prozesse steuern und ein Medienkonzept entwickeln, das ebenfalls ein schulspezifisches Qualifizierungskonzept enthält.

Dies soll auch Teil unserer Fortbildungsoffensive darstellen.

Ebenso wichtig ist aber die Qualifizierung zukünftiger Lehrkräfte.

Die Zentren für schulpraktische Lehrerbildung werden bis zum Jahr 2019 mit Glasfaseranschlüssen, WLAN und entsprechenden Geräten ausgestattet.

Im Frühjahr 2018 wird auch ein verbindlicher Kompetenzrahmen Medienpass für Lehrkräfte vorgelegt.

Die universitäre Lehrerbildung wollen wir in diesem Zusammenhang ebenfalls überarbeiten.

Wir wollen in den nächsten fünf Jahren das Fundament dafür legen, dass NRW beim Lernen in der digitalen Welt vorne mitspielen kann.

Meine Damen und Herren,

eine weitere große Herausforderung für unsere Gesellschaft und damit auch für unser Bildungssystem ist die **Inklusion**.

Künftig werden wir statt des Tempos die Qualität in den Mittelpunkt rücken und uns am individuellen Bedarf orientieren.

Wir werden Familien auch weiterhin Wahlmöglichkeiten zwischen unterschiedlichen Förderorten anbieten.

Durch das Aussetzen der Mindestgrößenverordnung für Förderschulen haben wir den Schulträgern Luft verschafft.

Wir werden jetzt den gesamten Prozess mit dem Ziel umsteuern, qualitativ hochwertige schulische Inklusion zu gewährleisten.

Deshalb müssen wir – insbesondere bei den weiterführenden Schulen – unsere

Ressourcen konzentrierter und zielgenauer einsetzen und die Standorte inklusiv arbeitender Schulen reduzieren.

Für diese inklusiv arbeitenden und neu zu justierenden „Schwerpunktschulen“ werden wir die Unterstützung verbessern.

Und die Landesregierung will ermöglichen, dass die schon oft versprochene multiprofessionelle Unterstützung auch vermehrt tatsächlich in den Schulen ankommt.

Daher werden wir neben benötigten Stellen für Lehrkräfte für sonderpädagogische Förderung auch andere personelle Unterstützungsmaßnahmen prüfen.

Mir ist wichtig zu betonen, dass kein Förderort zu Lasten des anderen geht.

Beide Förderorte – Regelschule und Förderschule – müssen gleichermaßen

bestmöglich unterstützt werden, um der Aufgabe der Förderns und Forderns bestmöglich entsprechen zu können.

Ich möchte viel stärker als bisher die Kooperationen zwischen allgemeinen Schulen und Förderschulen unterstützen und ausbauen.

So eröffnen wir die Chance, mehr Austausch und Begegnung zu ermöglichen und die Förderschulen besser auf dem Weg der Inklusion einzubinden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir werden die **Berufliche Bildung** stärken und sie systematisch in die Lage versetzen, ihrer zentralen Rolle gerecht werden zu können.

Das heißt für uns, die unzureichende Stellenausstattung der Berufskollegs zu verbessern.

Der Fokus liegt hier zunächst auf der Dualen Ausbildung und der Ausbildungsvorbereitung.

Wir müssen berufsschulische Angebote in der Fläche sichern, gleichzeitig mit attraktiven Angeboten wie Doppelqualifizierungen werben.

Und, traditionell stellt der MINT-Bereich eine bedeutsame Weiche für den Aufstieg durch Bildung dar.

Diese Chancen wollen wir erweitern.

Der erfolgreiche Schulversuch Ingenieurwissenschaften an Beruflichen Gymnasien wird zügig in das Regelsystem überführt und jetzt schon – unter dem Titel Ingenieurtechnik – auf Bildungsgänge zum Erwerb der Fachhochschulreife ausgeweitet.

Dies kann einen Beitrag leisten, junge Menschen gut auf ein Studium oder eine Ausbildung im MINT-Bereich vorzubereiten.

Im Bereich der Digitalisierung werden die Berufskollegs u.a. durch den Start einer landesweiten Fortbildung unterstützt.

Damit die Berufskollegs ihre hohe Verantwortung für die Bildungsregionen besser wahrnehmen können, brauchen sie Freiräume und mehr Selbstverantwortung. Das werden wir zielgerichtet ermöglichen. Aus Kooperationen zwischen Berufskollegs und Hochschulen werden wir landesweite Strategien zur gegenseitigen Anrechnung zwischen Studien- und Ausbildungsgängen entwickeln.

Nicht zuletzt gilt es, hohe Abbruchzahlen in Ausbildung oder Studium zu reduzieren.

Hier kann „Kein Abschluss ohne Anschluss“ als ein Baustein entgegenwirken.

Damit es jedoch noch wirksamer wird,
wollen wir es weiter praxisnah entwickeln.

Sehr geehrte Damen und Herren,

gesellschaftliche Veränderungen spiegeln
sich immer auch in der Bildungslandschaft
wider.

Sie schaffen neue Bedarfe, aber eröffnen
vor allen Dingen auch neue Chancen.

CDU und FDP werden auf gesellschaftliche
Veränderungen reagieren.

Das bedeutet, dass wir z.B. als Angebot
neben dem Religionsunterricht an
Grundschulen Ethikunterricht ermöglichen
und die ökonomische Bildung stärken.

Wir müssen auch viel energischer als bisher
die sozialräumlichen Gegebenheiten der
Schulen in den Blick nehmen.

Das bedeutet nicht nur einen geschärften Blick auf so wichtige Fragen wie den Sozialindex, sondern auch einen weiterreichenden Gestaltungsanspruch.

Mit den **Talentschulen** wollen wir Stadtteilen mit großen Herausforderungen für eine breit angelegte, alle Verantwortlichen einbindende Stadt(teil-)Entwicklung einen Impuls geben und in diesem Zuge bis jetzt nicht entdeckte Talente identifizieren und fördern.

Wir möchten gerne Leuchttürme für den Bildungsaufstieg in diese Stadtteile tragen.

Als Grundlage dazu wird es Anfang 2018 Eckpunkte für einen Wettbewerb geben, an dem sich Schulen in Verbindung mit ihrem Schulträger beteiligen können.

Auch der **Ganzttag** bietet vertiefte Fördermöglichkeiten.

Gegenwärtig besuchen etwa 50 Prozent der Schülerinnen und Schüler eine offene oder eine gebundene Ganztagschule.

Die Chancen ganztägiger Bildung müssen wir noch besser nutzen als bisher.

Deutliche Alarmzeichen zu dringenden Änderungsbedarfen sind die Kampagne der Freien Wohlfahrtspflege „Gute OGS darf keine Glückssache sein“ oder der Wunsch vieler Eltern nach flexibleren Betreuungsangeboten.

Wir wollen die Flexibilisierung, die qualitative Weiterentwicklung und gleichzeitig den quantitativen Ausbau der OGS und weiterer Ganztagsangebote gemeinsam mit Trägern, Kommunen und der Freien Wohlfahrtspflege voranbringen.

Wichtig ist uns dabei aber, dass für Familien Wahlmöglichkeiten gesichert sind.

Meine Damen und Herren,

die bisherigen Schwerpunkte, die ich Ihnen dargelegt habe, können ihr Potential nur umfassend entfalten, wenn unsere Schulen hervorragend ausgestattet sind.

Die Schule soll eines der modernsten und das digitalste Gebäude der Stadt sein – und nicht die kommunale Sparkasse

Das erreichen wir nur, wenn wir die Schulträger dabei intensiv unterstützen.

Nur eine Anstrengung aller staatlichen Ebenen kann den Sanierungs- und Modernisierungstau an unseren Schulen endlich beheben.

Die Landesregierung wird ihrem Teil der Verantwortung gerecht werden.

Wir haben bereits einen Vorschlag zur unbürokratischen Verteilung von 1,12 Mrd. € aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz vorgelegt.

Wir werden, wie bereits angesprochen, an dem Landesprogramm „Gute Schule 2020“ und den 2 Mrd. Euro festhalten.

Gleichzeitig haben wir die Schul- und Bildungspauschale in einem ersten Schritt bereits um rund 9 Mio. Euro auf 609 Mio. € erhöht.

Wir werden sie in weiteren Schritten substantiell anheben und auch dauerhaft dynamisieren.

Aufstieg durch Bildung ermöglichen,
individuelle Talente entdecken und fördern
und die Rolle der Lehrkräfte stärken:
Letztlich können diese Ziele nur in den
einzelnen Schulen erreicht werden und nicht
von oben verordnet.

Schulische Autonomie und die Qualität
schulischer Bildung stehen nicht nur nach
Ansicht führender Bildungsforscher in einer
unmittelbaren Beziehung.

Freiheit für Schulen ist ein Schlüssel für
bestmögliche Bildung.

Das Schulgesetz sieht bereits jetzt die
Selbstständigkeit und Eigenverantwortung
unserer Schulen vor.

Gleichzeitig aber klagen Lehrkräfte und
Schulleitungen über zu enge Spielräume,
über ein Zuviel an Vorgaben und Bürokratie.

Wir werden prüfen, wo Überregulierung und zu enge Zügel unsere Schulen behindern.

Wir wollen eine kritische Revision schulischer Bürokratie und eine Schulassistentz, die Schulen von Verwaltungsaufgaben entlastet.

Die Landesregierung wird prüfen, unter welchen Voraussetzungen unseren Schulen größere Budgetverantwortung übertragen werden kann – natürlich im engen Schulterschluss mit den Schulträgern.

Wir wollen Schulleitungen, die sich im besten Sinne auch als Manager ihrer Schulen verstehen.

Dazu benötigen sie mehr Gestaltungsspielräume, auf die sie vorab verlässlich vorbereitet werden müssen.

Ziel muss es sein, mehr Raum zu geben für die Verwirklichung des Kernauftrags unserer Schulen.

Um diesen Raum besser zu nutzen, setzen wir auf die hohe Motivationskraft von Selbstständigkeit und Eigenverantwortung.

Erfreulicherweise erreichen uns schon jetzt Anträge aus Schulen, die größere Autonomie wagen wollen.

Diesen Gestaltungswillen wollen wir bestmöglich unterstützen.

Es kann aber natürlich keine Schulfreiheit ohne Vergleichbarkeit und Sicherung hoher Qualitätsstandards geben.

Als Landesregierung sind wir zur Sicherung hoher Qualitäts- und Leistungsstandards verpflichtet.

Die Schulaufsicht muss dabei Schulen unterstützen, beraten und – bei auch externer Evaluation durch die Qualitätsanalyse – die Einhaltung anerkannter Standards sichern.

Meine Damen und Herren,

es ist deutlich geworden: Wir verfolgen in den kommenden Jahren ehrgeizige und anspruchsvolle Ziele.

Aber sollten Bürgerinnen und Bürger von einer neuen Landesregierung nicht zu Recht ambitionierte Ziele erwarten?

CDU und FDP werden in den nächsten Jahren ein Hauptaugenmerk auf beste Bildung legen.

Und wir werden erhebliche Anstrengungen unternehmen, um unseren Leitlinien „Talente entdecken und fördern, die Rolle

der Lehrkräfte stärken und Aufstieg durch Bildung ermöglichen“ gerecht zu werden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.